

V8-Beschluss Keine zentralen Abschiebebehörden in NRW

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

1 Repression und fehlende Rechtsstaatlichkeit zeichnen auch die Asylpolitik der
2 letzten Jahre aus. Über 40 Prozent der Entscheidungen des Bundesamts für
3 Migration und Flüchtlinge werden von Verwaltungsgerichten verworfen. Trotzdem
4 setzt die Politik und insbesondere die schwarz-gelbe Landesregierung darauf,
5 diese oft falschen Entscheidungen möglichst schnell in die Tat umzusetzen und
6 Geflüchtete abzuschicken. Diese Politik sieht es als Problem, nicht als Erfolg,
7 wenn Abschiebezahlen niedrig bleiben. Hier macht sich die Regierung Laschet
8 leider ernsthaft daran, "Nummer eins" zu werden.

9 Ein Instrument dazu sind sogenannte Zentrale Ausländerbehörden (ZAB). Hier wird
10 über Geflüchtete in Landeseinrichtungen nach Aktenlage entschieden.
11 Problematische Entscheidungen setzen die ZABs so schnell um, dass die
12 Rechtsstaatlichkeit ausgehebelt wird. Statt einer Einzelfallprüfung vor Ort,
13 wird die Abschiebung zentral organisiert. Dazu wird zum Teil mit problematischen
14 Akteuren kooperiert. Auch gibt es aus ZABs Druck auf die kommunalen
15 Ausländerbehörden, mehr abzuschicken. Treffender wäre es also, sie Zentrale
16 Abschiebebehörden zu nennen.

17 Diese Einrichtungen wurden noch von der rot-grünen Landesregierung geschaffen,
18 werden jetzt aber von der Regierung Laschet und Minister Stamp forciert. Sie
19 sollen in jeden Regierungsbezirk einziehen, in Bielefeld, Unna und Köln sind sie
20 schon. In Münster ist es knapp gelungen, dies zu verhindern. Dank einer linken
21 Mehrheit wird dort keine Zentrale Ausländerbehörde eingerichtet werden. Nun wird
22 die Einrichtung einer ZAB in vielen weiteren Orten diskutiert. Es lohnt sich
23 auch dort dagegen zu kämpfen.

24 Wir lehnen Zentrale Ausländerbehörden als Instrument der verstärkten
25 Abschiebepaxis ohne ausreichende Berücksichtigung der Einzelfälle ab. Wir
26 werden uns vor Ort gegen die Einrichtung solcher Behörden einsetzen und
27 Bündnisse dazu unterstützen. Außerdem fordern wir Grüne auf kommunaler und auf
28 Landesebene auf, mit uns gegen die Einrichtung dieser Behörden zu kämpfen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich